

Nationalismus 2011

Kritisch beäugt: „Nationalismus“ – hoch angesehen: „Patriotismus“

Dabei: Der *feindselige* Nationalismus, der pöbelt, dass Zuwanderer „uns Wohnung, Arbeit wegnehmen“, „nicht zu uns gehören“, dass ausländische Mächte und Völker „uns schaden“ - dieser feindselige Nationalismus, unterstellt, dass „wir“ ein *Wir* sind, die Gesinnung einer Gemeinschaft ruft er an, und genau das ist die Gewissheit des Patriotismus, des hoch angesehenen.

Gehen wir beide Seiten mal durch:

Was der ausgrenzende Nationalismus behauptet, ist unwahr und unvernünftig.

Unwahr: Es sind die Grundbesitzer und Vermieter, die die Mieten erhöhen, nicht die mietenden Zuwanderer, die das zahlen müssen genauso wie mietende Eingeborene; es sind die Unternehmenseigentümer, die ihre Arbeitsplätze mit den billigst-möglichen Leuten vom europäischen und internationalen Arbeitsmarkt besetzen und damit auch noch das allgemeine Lohnniveau drücken, und das schadet allen auf Lohn Angewiesenen, egal welcher Herkunft. Und aktuell: „Faule Griechen schaden uns fleißigen Deutschen!“ - Da gibt es wirklich einen Gegensatz zwischen Völkern, deren Menschen sich gar nicht kennen und schon gar nicht diesen Gegensatz herstellen können. Griechische Kapitale verlieren an Umsatz, Profit und Kapital am Euro- und am Weltmarkt, weil ihnen konkurrierende Kapital aus D dort Umsatz und Profit abjagen. Dadurch, dass sie aus ihren deutschen Billigarbeitern kostengünstigere und profitträchtigere Warenmassen rausholen als die griechischen Kapitale. Deutsche Kapitale also bringen auf Kosten des deutschen Arbeitsvolks dieses in Gegensatz zum griechischen Arbeitsvolk. Denn die griechischen Kapitale tragen ihre Konkurrenzniederlagen an ihren griechischen Arbeitsvolk aus, zahlen es schlechter und entlassen. Dazu darf der deutsche Patri-Idiot dann „faule Griechen“ sagen.

Unvernünftig: Als Mieter haben Zuwanderer und Eingeborene ein gemeinsames Interesse, zu den eingeborenen Grundrentiers und Vermietern ein gegensätzliches; als Lohnabhängige haben Zuwanderer und Eingeborene ein gemeinsames Interesse, zu den eingeborenen Unternehmenseigentümern ein gegensätzliches; als Arbeitsvölker haben Deutsche und Griechen ein gemeinsames Interesse gegen die Standortkonkurrenz ihrer Arbeitgeber und Staaten, in der sie verschlissen werden. Nationalisten aber denken alle Eingeborene in einer Gemeinsamkeit, in die nur Ausländer Hader und Schaden brächten.

Was besonnene Patrioten einwenden gegen die feindseligen Nationalisten, ist aber auch nicht wahr und nicht vernünftig: Dass die Zuwanderer „unserer Wirtschaft nutzen“, also „uns“.

Unwahr ist das „unser“ und „uns“: In der Gesellschaft des Privateigentums gehört die Wirtschaft nicht uns allen, auch wenn alle davon leben müssen. Die

Unternehmenseigentümer, die nutzen Zuwanderer wie Einheimische für die Vergrößerung und damit Sicherung *ihres* Eigentums; und die, die benutzt werden, haben davon sicher nur viel Dienst und immer unsicheren Verdienst, und arbeitslose Lohnabhängige haben nicht mal das. Gegen die rechten Brandreden von den angeblich parasitierenden Ausländern stellen die integrationswilligen Patrioten gar nicht klar, wer wirklich für Nutzen und Schaden zuständig ist; sie fingieren einen Gemeinschaftsnutzen, zu dem auch Ausländer was beitragen (und billigen so und nur so bedingt deren Daseinsrecht). Und damit wollen sie die Rechten genau auf die Weise fertig machen, wie die Rechten Zuwanderer: als Nationalschädlinge. Die Rechten wollten „uns allen“ den Nutzen wegnehmen, den die Zuwanderer ablieferten, die Rechten schaden „unserer Wirtschaft“, dem „Standort“, „unserem Ruf“, „uns“. (Wenn Zeit, am Schluss, wie die angesehene Patrioten begründen: „Wir müssen den Griechen helfen.“

Nationalismus:

Das ist schon der Nationalismus: Der Gedanke einer Gemeinschaftlichkeit aller Bürger eines Staates untereinander und der Gemeinschaftlichkeit dieser Bürger mit „ihrem“ Staat – und das gleich mit dem Impetus einer besorgten Anteilnahme an und Parteinahme für diese vorgestellte Gemeinschaft, also immer mit dem Impetus gegen Nichtdazugehörige als Gefahr. Dabei zeigen schon die skizzierten Beispiele etwas Erklärungsbedürftiges: Da werden ja *Schäden* zitiert, die man *im* Staate erlebt, auch erfahrene *Gegensätze* zwischen *Bürgern der eigenen Nation* im Wirtschaftlichen und Politischen usw. - das aber bringt Nationalisten offenbar nicht zum Nachdenken, ob ihre Gemeinschaftsvorstellung überhaupt stimmt, sondern macht sie erst richtig engagiert für ihre vorgestellte Gemeinschaft. Nationalisten fragen nicht: Womit muss ich mich da rumschlagen, in was für wirtschaftliche und politische Konfliktverhältnisse bin da eingebunden, was bringt mich denn mit Leuten in Kollision, eingeborenen wie zugereisten – und machen von der Antwort abhängig, wie sie sich zu ihrer staatlichen Einheit stellen. Ihre Sorge um und ihre Parteilichkeit für die Nation steht fest: von der aus ordnen sie alle hässlichen Erfahrungen als Stachel für ihr Engagement ein, das Vaterland vor Hader und Zwietracht in Schutz zu nehmen. Ja, mal am Nationalfeiertag feiern Nationalisten ihre *ungetrübte* Einigkeit mit und in der Nation, aber sonst ist der Nationalist eher immer *unzufrieden* und zwar so: Er wittert Störungen und Störenfriede an der Einheit der Nation, für die er umso entschiedener ist.

Das ist nicht ganz stimmig, also erlauben wir uns die Frage, die Patrioten abwegig finden:

Was bringt den Nationalismus zustande?

Patrioten ist es so selbstverständlich, für die Nation zu sein, dass sie nicht auf die Idee kämen, Gründe zu suchen, warum sie das sind. Aber:

Das Kollektiv, dem Nationalisten ihre Anteilnahme entgegenbringen, ist das staatliche – und dieses ist – mit Distanz betrachtet – das Gegenteil ihrer Vorstellung von Gemeinschaftlichkeit:

1. „Ich & mein Land“ - sachlich ist es umgekehrt: Das Land hat seine Staatsangehörigen. Dem Staat gehört man ganz passiv, qua Geburt an, und das durch Akt der Hoheit. Dass man als Staatsangehöriger nichts als Objekt *gewaltsamer Zuordnung* ist, wird z.B. greifbar, wenn eine Gruppe aus einem Staat raus und einen eigenen Staat gründen will: Einen Separatismus bekämpft der Staat mit Krieg. Dass andererseits nicht der Wille des Individuums entscheidet, wer dem nationalen Kollektiv angehören darf, sondern allein die Hoheit, bekommen Zuwanderungswillige und Flüchtlinge zu spüren.
2. „Unser Zusammenleben“? Der Staat organisiert mit seinem Recht *eine* flächendeckende Ordnung – aber *keineswegs* eine *verträgliche*; schon gar nicht einander in die Hand arbeitende Interessen: *Konkurrenz* um Geld und Eigentum ist das umfassende Gesellschaftsprinzip, und dafür ist der Staat ja auch dauernd ordnendes und richtendes Monopol auf *Gewalt*. Keine freie Kooperation, kein technischer Ausschuss.
3. „Wir sind wir“? Ein moderner Staat ist seiner Räson und gesellschaftlichen Substanz nach gar *nichts autochthones, individuelles*: Fast alle Staaten verbürgen das *kapitalistische* Eigentum als *Systemprinzip*, haben sich dem Wachstum von Geldreichtum verschrieben und konkurrieren von Staat zu Staat auf dem Weltmarkt um diesen immer gleichen Erfolgsmaßstab. (Derzeit haben sie sogar schon fast alle dieselbe Krise.)

Wie also kommt es zur patriotischen Gesinnung, die Deutsche übrigens verdächtiger maßen *genau so* für Deutschland haben wie Amis für Amerika usw.? Gar nicht originell.

Die Herrschaft: Ihre Interessen an der Gesellschaft plus deren rechtfertigende Überhöhung zur Nation

Auch wenn patriotisch gesonnene Bürger *sich* als Stifter und Bewahrer des nationalen Zusammenstehens wähnen – es ist nicht ganz so: Patrioten bekommen nicht nur vorgeschrieben, wer überhaupt zur Nation dazu gehört und wer nicht (manchmal Reibungen: Grenzregionen; Wessis-Ossis); sie bekommen nicht nur die rechtliche und wirtschaftliche Ordnung ihres Lebens durch die politische Herrschaft vorgeschrieben; sie bekommen auch vorgegeben, wie ein guter Patriot darüber denkt: Von Politikern, die zum außerordentlichen Beruf machen, das „ganze Land voranzubringen“ und den Mitbürgern vorzuschreiben, wo es lang geht, die aus dieser Sicht eher „partikulare“ Interessen haben. Politiker betreiben also *praktisch* Nationalismus. Sie setzen landesweit die Sachzwänge des Konkurrerens als allgemeine Lebensweise in Kraft: das Eigentum und damit das Konkurrerieren um Eigentum und Einkommen, um Berufe und Arbeitsplätze, um berufsqualifizierende Schulabschlüsse usw.. Politiker betreuen dann dauernd die aus diesem Konkurrerieren folgenden Kollisionen und Schäden und Opfer mit Gesetzen, Gerichten, Sozialkassen. - Und das alles tun sie im ununterbrochen lauthals verkündeten Bewusstsein, diese staatlichen Maßnahmen seien die *Voraussetzungen* für alle Menschen und Interessen in der Gesellschaft, folglich sei der Staat die unbedingte *Lebensbedingung*, ohne die nix geht für niemand.

Was da „geht“, ist das „Wirtschaftswachstum“, und dass da allein das Eigentum der Kapitaleigentümer wächst und nicht ein allen zugänglicher Reichtum, weiß jeder. Aber dass es nur um dieses Interesse geht in einer kapitalistischen Nation, wischen Politiker mit zwei Hinweisen vom Tisch: Nur so gebe es von den Unternehmen „für uns alle“ alles Lebensnotwendige zu kaufen, und nur so gebe es bei den Unternehmen Arbeitsplätze, an denen das dafür nötige Geld zu verdienen sei. Auch für die vielen Nicht-Unternehmer. Das überzeugt – dadurch, dass die staatlichen Gesetze wirklich keine Alternativen zulassen zum Kaufen von allem Lebensnotwendigen und zum Kampf ums Geldverdienen dafür. Aber diese alternativlose Abhängigkeit vom Geschäft präsentieren Politiker als „Teilhabe aller“ an „unserer Wirtschaft“. So steht der kapitalistische Sachzwang wie eine Dienstleistung da: Was jeder muss, sich ums Geld kümmern, kann man.

Jeder, der in dieser Abhängigkeit, also mit Kaufen und Geldverdienen zu Rande kommen will, hat Rechte und gesetzlichen Schutz bitter nötig – Politiker präsentieren ihm auch die Macht des Staates als unentbehrlichen Dienst: „Gerade die Schwachen brauchen einen starken Staat“ - man muss nur vergessen, dass der sie erst so schwach hält, indem er die Rechte der Eigentümer wahrt. Wer in der Konkurrenz um Arbeitsplätze verliert oder von Unternehmen entlassen wird, braucht bitter soziale Stütze – Politiker belehren, dass Sozialleistungen solide Staatsfinanzen und diese Wirtschaftswachstum brauchen, beides also den Sozialfällen dient – man muss nur vergessen, dass Wirtschaftswachstum die Arbeitslosen *schafft* und solide Staatsfinanzen *gegen* Sozialleistungen stehen. Wenn schließlich die ganze kapitalistische Wirtschaft mal wieder ihre Krise produziert und das Geldverdienen und die Ersparnisse der Bevölkerung noch mehr als üblich ruiniert, dann endgültig präsentiert die Politik *sich* als letzte unentbehrliche Lebensbedingung, hinter der jetzt jedermann und jedefrau zusammenstehen muss im Kampf um wieder eintretenden Erfolg – von Wirtschaftswachstum wie gehabt. Denn davon „sind wir alle abhängig“, woran stimmt, dass die Macht des Staates davon alle abhängig macht.

Das ist der Nationalismus der politischen Macher: Sie kombinieren die praktische Unterordnung aller Interessen unter das Gewaltmonopol und die Gesetze der nationalen Hoheit mit einer ideologischen. Sie stellen den Staat in die Abhängigkeit vom Wachstum des Kapitaleigentums und zwingen alle Landesbewohner in diese Abhängigkeit von Staats- und

Kapitalerfolg – und verlangen die Zustimmung dazu als nationale *Existenzbedingung*; d.h.: als etwas, das *vor und über jedem Interesse* steht, wirklich jedem:

- Ja, der souveräne Staat selbst und seine Politiker geben sich als Diener an dieser Existenzbedingung. Sie überhöhen das *Ziel ihrer* politischen Machtausübung – den erfolgreich funktionierenden Staat - zu einer *über* ihnen stehenden höchsten *Pflicht* - die Nation-, daran und nur daran sollen sich alle Rechte der Hoheit legitimieren. Darin – das ist clever - wollen Staat und Politik von den Bürgern anerkannt sein: Nicht *was* sie an Lebensbedingungen für die Landesbewohner anrichten – das darf umstritten sein – *dass* sie für die nationale Existenzbedingung zuständig sind und diese fortschreiben. Eine enorm nützliche Trennung: Was Politik an Lebensbedingungen erlaubt und anrichtet, das darf immer kritisch hinterfragt werden, nämlich so: ob es die Existenz der Nation sichert und ihr dient, aber dass die Existenz der Nation das einzige Kriterium ist, an dem Staat und Politik zu messen sind, das wird so immer nur bestärkt.
- So dienen sie dann „dem Volk“ -, zu dem sie die Landesbewohner überhaupt erst machen, indem sie alle der gleichen nationalen Existenzbedingung unterordnen. Aber eben dieses, dass die politische Herrschaft die Leute mit ihren sozialen Unterschieden und Gegensätzen erst zu der *einen Manövierrasse* des einen Staates *macht*, nutzen die politischen Macher zu der zynischen ideologischen Umdrehung, dass sie dem Volk dazu *verhelfen*, ein Volk zu sein und zu bleiben. Ja, sie erklären die Leute, die der Staat nach wie vor zu Gehorsam vor den Gesetzen *verpflichtet*, zu *Auftraggebern* des Staates, die diesen verpflichten, für die Nation zu sorgen, in der sie Volk sein können. Dass das der innerste Wunsch der Leute ist bei allem, was sie tun und lassen, dafür zitieren Politiker in einem einigermaßen reibungslos funktionierenden Staat einen plumpen Beleg: Die Leute machen mit.
- So stellen sie die Nation als Existenzbedingung vor und über jedes Interesse des Einzelnen, um das er sich kümmern darf - und auch *selber* kümmern *muss*.

Das Volk: Der Wille zum Zurechtkommen und der nationale Wahn der Abhängigen

Nun also zum Patriotismus der einfachen Landesbewohner, der auch seine praktische und seine ideologische Seite hat.

Den Gesetzen des Staates und den damit verbindlich gemachten wirtschaftlichen Zwängen des Kaufens und Geldverdienens entkommt keiner, und ein Staat funktioniert, wenn die Landesbewohner darin ihr Leben einrichten mit dem festen Willen, das Beste für sich und die Seinen daraus zu machen. Aus dieser Gewohnheit des Zurechtkommenwollens verfertigen Landesbewohner eine elementare Auffassung von den herrschenden Verhältnissen: Dass die dafür da wären, mit ihnen klar zu kommen. Ein dummer Fehler: *Ihre* Bemühungen zurechtkommen schreiben sie den *Verhältnissen* gut, die das erzwingen; wo sie selbst um den Lebensunterhalt ringen, seien Gesellschaft und Staat für ihren Lebensunterhalt da. Das ist die ganz unponpöse Parteinahme für die herrschenden Verhältnisse als Existenzbedingung: Der Staat erlaube und ermögliche es einem, in ihm sein Leben einzurichten. Diese Zustimmung ist übrigens dauernd auch in Form einer Kritik lebendig: Dass es die Gesetzgeber, die Gesetze, die bürokratische Gesetzespraxis so schwer, ja fast unmöglich machen, mit ihnen zurechtkommen. Gerade diese kritische Variante ist die abgehärtete Zustimmung. Und wenn das gar nicht das Ziel von Gesetzen ist, dass sie leicht zu befolgen sind? Wenn es auf den Ertrag für den Staat ankommt?

Einen gewissen Ertrag gestehen brave Landesbewohner dem Staat zu. Sie entwickeln nämlich dauernden Bedarf nach Staat. Beschäftigt mit ihrem Lebenskampf müssen sie sich dauernd

mit entgegengesetzten Interessen von Mitbürgern herumschlagen – die schon eingangs zitierten. Diese Interessensgegensätze werfen sie nicht der herrschenden Ordnung und Hoheit vor – sie verlangen vom Staat stattdessen Ordnung: Was dürfen sie, was darf der andere?! Das ist das Verlangen nach der überlegenen Aufsichtsmacht, als die der Staat längst tätig ist und war. Aber ein guter Bürger hält am Staat nur die von ihm benötigte Seite fest: Er braucht Befugnisse, er braucht Schutz vor und Begrenzung der Befugnisse anderer. Und in diesem *Willen zum Staat* ist gar nicht mehr der eigene Nutzen, nicht mal mehr das eigene Zurandekommen die Messlatte: Sondern das, was der Staat als Recht gewährt.

Ohnehin weiß jeder, dass er sich nicht nur für seinen Privaterfolg anstrengt: Er arbeitet für das Unternehmen, das ihn anstellt, er dient dem Staat mit Steuern usw.. Wer zurechtkommen und dafür Ordnung, also Staat will, akzeptiert das. Und zwar nicht im Bewusstsein eines aufgezwungenen Ausgenutztwerdens, obwohl es das ist und bleibt, sondern in diesem Geiste: als *Pflicht* in einer *gewollten Ordnung*. Indem das alle machen – die paar Abweichler kriegen den Staat dann unmittelbar als zwingende Gewalt zu spüren -, machen *sich* Leute zum *Volk*: 1. fügen sie sich dem Staat, 2. setzen sie auf ihn als berechtigende Macht, 3. wollen sie den Staat tragen. Sie kämpfen weiter um ihren Privatnutzen und setzen gegen entgegengesetzte Interessen alles ein, was sie dürfen – und gleichzeitig sehen sie ab von ihren Interessensgegensätzen, verstehen sich auf ein gemeinsames Interesse an „ihrem“ Staat und denken alle ihre Anstrengungen und die ihrer Mitbürger als gleichermaßen anerkennungswürdige Dienste am Gemeinschaftswerk: Sie und ihr Staat, eine Nation. Dafür wollen sie jetzt aber auch etwas sehen, nicht ihren materiellen Lohn, sondern einen höheren Lohn: Dass die *Nation* funktioniert und gedeiht. Dieser Standpunkt ist der Nationalismus, und der ist so leicht nicht erschüttert. Wenn der private Ertrag mies ist, die Anstrengungen des Arbeitens und Sparens einen nur noch schaffen – dann denkt der Nationalist das nicht als seinen Schaden, sondern als sein großes Opfer, und das meint: als sein schwer erworbenes Recht, zu verlangen, dass die Nation daraus was macht; und selbst wenn er dabei noch an sich denkt und besseres Regieren fordert, eine Ordnung, deren Pflichten er erfüllen kann und die auch bei allen anderen auf gerechte Dienste dringt – dann leuchtet ihm sofort ein, dass als erstes und vor allem der Staat dafür genug Mittel und Macht bekommen muss.

Dann ist der Nationalismus des Volks fertig und hat sich gründlich abgelöst und gereinigt von seiner Herkunft, den eigenen Zurechtkommenwollen.

Alltäglicher und außerordentlicher Nationalismus

Das ist der alltägliche Nationalismus. Nicht „Hurra“, nicht „mein Vaterland über alle“! Hurra auch nicht so: So eine schöne Einigkeit! Durch die Brille der Nationalen Gemeinschaftlichkeit identifiziert - ganz verzerrt - der Patriot doch dauernd Gegensätze im Volk und zwischen Bürgern und Staat: Dass *Unternehmen Lohnabhängige* ausbeuten, davon will er nichts wissen, - aber dass *welche* die *Gemeinschaft* ausbeuten, das beklagt er jeden Abend und da hat er Banker genauso im Visier wie Hungerleider, die nur hungern statt zu arbeiten; „die da oben“, die als Sachwalter der Nation seinen totalen Respekt genießen, verachtet er auch schon mal, weil sie „so was durchgehen“ und „alles schleifen lassen“. Ein Nationalist nimmt alles hin, was ihm im Land angetan wird und gönnt sich nichts – außer eines: Er maßt sich das eingebildete Amt an, er dürfte alle, unten wie oben, zur Pflicht an ihrem Platz rufen.

Schön für ihn, dass die Nation auch mal Feiertage veranstaltet: Bei Fußballweltmeisterschaften oder am Nationalfeiertag, da wird dann mal ganz auf *nationale Einigkeit* gemacht und von allen wirklichen Interessensgegensätzen ebenso abgesehen wie von nationalistisch eingebildeter Zwietracht. Und dieses Absehen wird von Patrioten so bewusst und angestrengt betrieben, dass da schon wieder der nächste Zank lauert: Wenn einer nicht ungeteilt mitduselt oder gar den „Miesmacher“ macht...

Zurück zu Ernsterem. Ein Ernstfall des Nationalismus ist

Der Inländer und seine Ausländer

Nichts hat so wenig mit den persönlichen Bemühungen von Menschen und ihrer individuellen Ausstattung zu tun, wie ihre Unterscheidung in Inländer und Ausländer: Die Staatsmacht schlägt sich die einen als exklusiv ihr dienende Landesbewohner zu, grenzt die andren als Angehörige auswärtiger Mächte aus. Dass derart eingegrenzte Inländer überhaupt mit Ausländern zu tun bekommen, ist schon wieder allein Entscheidungen der Staatsmacht geschuldet; vor allem der, der nationalen Wirtschaft auch *Menschenmaterial* vom Weltmarkt verfügbar zu machen. Allein nach seiner Berechnung entscheidet der Staat, welche Ausländer er als nützliche ins Land lässt, welche er als lästige raus schafft und abwehrt.

Es ist ein Irrbild unter national denkenden Inländern, „die Ausländer“ entschieden das, dass sie – freundlich gesprochen – „zu uns wandern“ bzw. - feindselig gesprochen - „uns überfüllern“. Es ist dasselbe Irrbild, das der national denkende Mensch von sich, von seinem Verhältnis zum Staat hat: Dass er, der kleine Mann, den Staat trägt und sich damit das Recht erwirkt, dass der Staat *ihm dient*. So denken sie den Fremden als Verursacher der Fremdenpolitik. So stellen Patrioten ihre Staatsangehörigkeit geistig auf den Kopf, denken ausgerechnet das als *ihren Besitzstand*, dass *sie* ihrem Staat *gehören*, und argwöhnen, dass Ausländer ihnen davon was wegnehmen.

Dabei können sie am Umgang des Staates mit Ausländern ablesen, wie der Staat überhaupt Menschen als *sein Material* kalkuliert, also auch sie, die Inländer: Wenn der Staat den Arbeitsmarkt der Kapitale mit Ausländern auffüllt, die billig zu haben sind und durch ihre Konkurrenz für alle das Lohnniveau dämpfen, dann geht es beim Arbeitsvolk eben auch dem Staat darum, dass es fürs Wirtschaftswachstum schafft und sein Lebensunterhalt wenig kostet; wenn der Staat im Ausland Erfinder und Entwickler abwirbt, dann will er Produktvorsprünge der Unternehmen für den Kampf um Profite aus dem Weltmarkt und zugleich der nationalen Wirtschaft Kosten für staatliche Forschung und Ausbildung ersparen – es ist eben nicht so, dass gelernt wird, damit die *Lernenden* vorankommen. Im offen *funktionalistischen* Umgang mit Ausländern führt der Staat vor, dass er überhaupt Volk als *Manöviermasse* handhabt. Praktisch ist die Kehrseite derselben Ausländerpolitik, dass sie überflüssig gewordene Ausländer als Last definiert und abzuschieben sucht und unerwünschte an den Grenzen mit regelrecht militärischen Maßnahmen abwehrt. Ideologisch leisten sich da Politiker ein Spitzenprodukt nationalistischer Verlogenheit: Sie stellen diese Brutalität gegen Fremde als Dienst an ihrem eingeborenen Volk dar, bekunden Respekt vor der Fremdenangst des Volkes. Und damit lassen sich national denkende Menschen glatt abspeisen: die Schlechterbehandlung von Ausländern befriedigt ihren Wahn, als Inländer privilegiert zu sein. Billiger geht's nicht.

Zusätze:

Wie der offizielle Nationalismus den Deutschen die Frage in den Mund legt: „Warum müssen wir den Griechen helfen, trotz alledem?“ und beantwortet.

- Alles an dieser Frage ist unwahr: „Wir“ normale Menschen haben bei diesen EFSF-Affären gar nichts zu melden, um die „Griechen“ geht es gar nicht bzw. es geht ihnen nur an ihre Existenz, von „Hilfe“ kann überhaupt keine Rede sein.
Der deutsche Staat organisiert Kredit – keine milde Gabe – und stützt damit die Bankbesitzer der Schulden des Staats Griechenland, der damit nichts als mehr neue Schulden hat. Und warum und wofür? Weil Griechenland nicht nur Konkurrent ist, sondern auch Markt für deutschen Ex- und Import und für Deutsche Bank Kredite und vor allen Raum und Basis für den Euro, für das gesamteuropäische Kapitalwachstum, das der Euro jedem geschäftstüchtigen Eigentümer dieses Geldes zusagt, was dieses Geld Deutschlands konkurrenzfähig macht zum andren Weltgeld Dollar. Darum und nur darum geht es.
- Kredit dafür allerdings organisiert der deutsche Staat schon. Für diese neuen Schulden des deutschen Staates, das ist wahr, hat zu bürgen, was an Wachstum und Steuern aus den deutschen Arbeitern heraus zu wirtschaften ist, wie immer.
Diesen Gegensatz zwischen deutschem Staat und deutschen Leuten dürfen sie – nationalistisch verhetzt – den Griechen als deren Schuld zur Last legen. Damit ist der deutsche Staat aus dem Visier.
- Aber genau dieser von oben genährte gehässige Volksnationalismus, der die Griechen verachtet als faul und pleite, wird auch etwas zum Hindernis für die deutsche Europolitik. „Warum unser gutes Geld an die Pleitegriechen?“ - mault das deutsche Volk seine Regierung an.
Das ist das Stichwort für die verantwortungsbewussten Patrioten, die die Patrioten unten etwas umerziehen müssen: „Das tun wir gar nicht für die Griechen, sondern für uns Deutsche“. Da wird nicht europäische Nächstenliebe geheuchelt, da wird mit nationalem Eigennutz geworben. Die nächste nationalistische Unwahrheit: Als wären ich & du die Nutznießer, wenn Deutschland Deutsche Commerz-Banken und das Vertrauen der Finanzgeier in den Euro stützt. Der kleine Mann darf sich mit seiner großen Gläubigernation identifizieren, als hätte er – wohl berechnet – Kredit bewilligt.
- Und er wird angeleitet, sich als regierungsamtliche Durchführung seines gehässigen Gerechtigkeitssinns einzubilden, dass die - eben noch so gelobte - Hilfe an die Griechen wie eine einzige Strafmaßnahme aussieht.
Schon wieder dumm: Es geht gar nicht um Bestrafung angeblich fauler Steuerbetrüger in Griechenland, sondern wirklich nur um die Interessen der Gläubiger, wenn Merkel in Griechenland alle nationalen Reichtümer dem Schuldendienst zuführen und sofort jede Staatszahlung an kleine Leute streichen lässt, und als Patentrezept verlangt, die Griechen einfach billiger zu machen für potenzielle Geldanleger.
- Dann ist der deutsche Volksnationalismus auf Kurs: Dass der deutsche Staat wie immer seine Bürger dafür ran nimmt, dass er Schulden für den Euro macht, darf er den Griechen zur Last legen. Und dass das den Griechen gar nichts nutzt, sondern schadet, darf er sich als gerechte Entschädigung einbilden, so wie er sich immer Strafen wie eine Wiedergutmachung einbildet. Das hat er dann davon: Nichts als Dummheit und Gemeinheit, Nationalismus eben.

Kritik des Nationalismus beschränkt sich nicht auf Faschisten und ihren braunen Terror. Das wird gerade mal wieder offiziell verlangt.

Alle Parteien: „Wir, die demokratischen Deutschen haben mit dieser mörderischen Ausländerfeindschaft nichts zu tun!“ - Wirklich?

1. Warum konnten die so lange morden? Nur mal die offizielle Erklärung: Ermittler auf „Döner-Morde“ festgelegt. Also auf das allgemein durchgesetzte Urteil: Mitten in Deutschland gibt es „Parallelgesellschaften“ und in denen „Kriminelle“, „Mafia“. Die deutschen Behörden haben einfach national gedacht; SK „Bosporus“! Gar nicht so ganz anders die BAF: 'Ausländer in Deutschland, das ist kriminell!'
2. Und was war das im Reichstag? 'Wir, die demokratischen Deutschen, kennen nur noch Deutschland und keine Parteien mehr, wenn wir zusammenstehen gegen solche rechten Schänder – an was? - an Deutschland!' Nichts als nationalistische Gleichschaltung und Entrüstung, als sei Deutschland erschossen worden und nicht Ausländer. Nichts als nationaler Ausgrenzungswille. Rechte Nationalisten ausgrenzen aus der nationalen Gemeinschaft, das ist ziemlich das Gegenteil davon, zu kritisieren, was rechte Nationalisten tun, wenn sie aus der nationalen Gemeinschaft Ausländer ausgrenzen und ausmerzen. Die Nation von Schande säubern: Das liegt Faschisten sehr am Herzen.

Was hat es überhaupt auf sich mit dieser verbreiteten Abgrenzerei zwischen schlechtem „Nationalismus“ und gutem „Patriotismus“?

3. Dass die demokratischen Deutschen ihre faschistischen Mitbürger nicht kritisieren, sondern heraus säubern wollen, ist der ganze Impetus der öffentlichen Aufregung. Interessant: Faschisten verachten den dt. Staat als Weichling gegenüber Volksfremden und säubern die in Selbstjustiz aus. Und die Demokraten: Überbieten sich in Aufrufen und Vorschlägen zu einem starken Staat. Die Trennungslinie liegt gar nicht im Sorgeobjekt „Nation“. Auch nicht darin, dass die Nation Recht auf Gewalt hat gegen die, die sie als Schädling definiert. Nur wer Schädling ist, daran scheiden sich die nationalen Geister!
4. Was so auch nicht stimmt. Ausländer: grenzt demokratischer Staat aus! Die ihm nützen, lässt er sehr funktional bedingt zu. Andre hält und schiebt er mit aller Gewalt ab.